

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 1

Artikel: Landwirtschaft und Nachkriegszeit
Autor: Senarclens, Aymon de
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159175>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Landwirtschaft und Nachkriegszeit.

Von Nationalrat **Aymon de Senarclens.**

Angesichts der zwischen beiden Weltkriegen gemachten unheilvollen Erfahrungen blickt die schweizerische Bauernschaft der Zukunft mit einiger Unruhe entgegen.

Ihre Besorgnisse werden von unsern Behörden, Volkswirtschaftern, Industriellen und Kaufleuten geteilt. Alle fragen sich, wie man diesen überaus wichtigen Wirtschaftszweig retten könnte, ohne dem Bürger allzu schwere Lasten aufzuerlegen, ohne die Lebenskosten noch weiter zu steigern und ohne dem erfreulichen Aufschwung, den unser Handel und unsere Industrie in den letzten Jahrzehnten erfahren haben, Einhalt zu gebieten.

Der Bundesrat, der von verschiedenen Machtgruppen gedrängt wird, hat selbst die Notwendigkeit einer Hilfe zugunsten der heute überlasteten Bauernschaft eingesehen und scheint auch die feste Absicht zu haben, dieses Problem in einer nächsten Session vor den eidgenössischen Kammern zur Beratung zu bringen.

Der Entschluß mag nicht leicht zu fassen gewesen sein, denn je nach dem Standpunkt, auf welchen man sich stellt, kann unsere Zeit als einer solchen Erörterung mehr oder minder günstig erscheinen. Ist es ratsam, in anormalen Zeitläuften zu legislieren? Der Gesetzgeber, ob er sich dessen nun bewußt werde oder nicht, riskiert, dem Einfluß gefühlsmäßiger Erwägungen zu verfallen, gewisse wichtige ökonomische Tatsachen zu übersehen, sich durch trügerische Eindrücke beirren zu lassen, als ob aus den Kriegsverhältnissen ein neuer Zustand der Dinge hervorgegangen sei, ein Zustand nämlich unbegrenzter Hilfsquellen und Mittel, unbestimmter Verantwortlichkeit auf ökonomischem Gebiete, zuzeiten eigentümlich nivellierend. Wird nicht die Landwirtschaft selber eines Tages bedauernd einsehen, wie falsch es war, gewisse Entscheidungen unter dem Eindruck außerordentlicher Ereignisse zu treffen?

Die durch Dekret erreichten Reformen schließen überdies ernste Schwierigkeiten in sich, denn in manchen Fällen bedeutet 'Dekret' gleichzeitig auch 'zu überwindende Opposition'.

Unter dem Druck der Notwendigkeiten nimmt man teilweise Umgestaltungen vor, deren Ausführung nicht länger verschoben werden kann; in ihrer Auseinandersetzung führen sie allerdings unfehlbar einen Zustand herbei, den man in seiner ganzen Ausdehnung nicht ins Auge zu fassen wagte.

Wie wird dann aber eines Tages der Wähler, der Souverän, zu der wiedergewonnenen Freiheit erwachen, durch die er alle seine Vorrechte von neuem ausüben darf? Steht nicht zu befürchten, daß gewisse, unter dem Regime der unbeschränkten Vollmachten gesammelte Erfahrungen ihn auf dem Wege einer psychologischen Reaktion zum Fallenlassen der heilsamen

Reformen bewegen könnten? Darum wäre es vielleicht besser, ungesäumt das Wesentliche unter den normaleren, überlegteren Voraussetzungen eines Votums der eidgenössischen Kammern zu kodifizieren.

Übrigens scheint es im Hinblick auf die Anstrengung, welche die Landwirtschaft für die Nahrungsversorgung unseres Volkes geleistet hat und noch leistet, und mit Rücksicht auf die künstliche Beschränkung der zur Deckung der alten Schulden doch notwendigen Gewinne, kaum anzugehen, die Revision der ökonomischen Struktur auf später zu verschieben und nicht zum mindesten teilweise schon jetzt durchzuführen. Dazu kommt die Tatsache, daß, wenn nach dem Kriege die gleiche Anzahl Landwirte vorhanden sein soll wie heute, gehandelt werden muß, bevor von der Masse der Arbeitskräfte, die man der Landwirtschaft zu erhalten wünscht, Teile abbröckeln. Die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen ist ja bereits in fünfzig Jahren von 40 % auf 21,3 % aller Erwerbsfähigen zurückgegangen. Während man 1915 noch 252 500 landwirtschaftliche Betriebe zählte, waren es 1929 nur noch 227 370, also rund 25 000 weniger.

Die Landwirtschaft erwies sich mit einem Male für das Land unumgänglicher, als seinerzeit vorauszusehen war. Zweifellos hat der Vergleich mit der hemmungslosen Entwicklung des Handels, der Industrie, des Funktionärwesens deutlich in Evidenz gebracht, wie treu dieser Wirtschaftszweig der Lebendigerhaltung wertvoller Traditionen, die im modernen Leben allmählich verloren gehen, dient. Mit dem Zusammenbruch der Landwirtschaft verschwände eines der letzten Bollwerke alter Überlieferungen und eines entwickelteren Sinnes für Freiheit.

Es hätte freilich niemand vermutet, daß ein Tag kommen würde, an welchem die inländische Landwirtschaft eine so gänzlich nach dem Handel und der Industrie hin orientierte Gemeinschaft vor der Gefahr des Nahrungsmangels retten müßte. Unser Land hat darüber ein wahres Erstaunen empfunden, dem man vielleicht zum Teil den jetzt zum Ausdruck gebrachten guten Willen gegenüber den Dingen der Erde verdankt. Unter der Bedingung, nicht selber daran zu Grunde zu gehen, wünscht heute ein jeder, unsere Bauernschaft im Kampfe um ihre Existenz unterstützt zu sehen. Der Zweck dieser kurzen Studie ist, zu untersuchen, ob ein solches Rettungswerk Aussicht auf Erfolg hat, und welches die Mittel sind, die uns vorgeschlagen werden.

Woran leidet unsere Landwirtschaft? Unter zahlreichen Besorgnissen erkennen wir hauptsächlich folgende:

1. Unser Landwirt hat lange Jahre hindurch gegen eine starke ausländische Konkurrenz kämpfen müssen, deren Macht mit der fortschreitenden Mechanisierung, mit der Urbarmachung neuer gewaltiger Flächen und nicht zuletzt auch infolge einer zu liberalen Auffassung des Wettbewerbes wuchs. Wie bedeutend diese Konkurrenz war, geht aus folgender Angabe eindeutig hervor: im Jahre 1929 betrug die schweizerische Einfuhr an Nahrungs- und Futtermitteln 754 Millionen Franken.

2. Diese Verhältnisse haben zu einer katastrophalen Überschuldung unserer Bauernschaft geführt. Schuld an dieser Entwicklung ist aber auch die alte Tatsache, daß dem Landwirt leicht große Kreditmittel zur Verfügung gestellt werden, von denen er in seiner Not ebenso leicht Gebrauch macht. Die Folge davon ist, daß schließlich die Last für ihn untragbar wird. Die Schulden unserer Bauernschaft werden bereits von Fachleuten auf fünf Milliarden veranschlagt.

3. Der Ankaufspreis der Ländereien ist recht hoch, weil infolge der Kleinheit unseres Landes der Boden teuer ist und unsere Bevölkerung an einen gegenüber anderen Ländern verhältnismäßig hohen Lebensstandard gewohnt ist. Eine Umgestaltung auf gewisse Spezialprodukte, die entlastend wirken könnte, stößt hier auf ungünstige Verhältnisse.

4. Das Erbrecht ist den Bedürfnissen der Landwirtschaft schlecht angepaßt und hat zu einer übermäßigen Kleinparzellierung des Bodens beigetragen; daher nun auch die Schwierigkeiten, diesen rationell zu bebauen.

5. Der Landwirt zeigt immer mehr die Tendenz, die Scholle zu verlassen.

Diese Mängel sind allgemein bekannt. Wir wollen deshalb hier nur auf einzelne Phänomene zurückkommen:

Der wirtschaftliche Liberalismus pries den freien Wettbewerb. In Wirklichkeit hatten die Trusts, Kartelle, Monopole, die beruflichen und gesellschaftlichen Reglementierungen, die Zölle, das Kapital selber diesen bald in verhältnismäßig enge Grenzen zurückgedrängt. Deshalb ist auch heute weniger davon die Rede, ihm die Freiheit wiederzugeben, als vielmehr davon, aus den ihm auferlegten Einschränkungen Vorteile zu ziehen. Man bemüht sich, das Joch der Einengungen persönlich abzuschütteln; dagegen soll es diejenigen, die uns ihre Produkte liefern, benachteiligen.

So zeigt sich zum Beispiel, daß der Handel, die Industrie, der Verbraucher im allgemeinen es gerne sehen, wie sich neben unseren landwirtschaftlichen Produkten eine fremde Konkurrenz entwickelt, die eine Herabsetzung unserer Lebenskosten herbeizuführen imstande ist.

Und doch fragt man sich, ob man es wirklich verantworten kann, den Bestand eines im Kriegsfall hochnotwendigen Wirtschaftszweiges, der noch etwa 950 000 Personen umfaßt, zu gefährden, indem man diesen Zweig mit ausländischen Organisationen (Neger, Araber, Jnder usw.) in Konkurrenz treten läßt, die den uns durch unsere Zivilisation, unsere Sitten und Gebräuche, unsern Wohlstand, unser Klima, unseren Vervollkommnungsdrang und die Enge unseres Landes auferlegten Servituten nicht unterliegen.

Betrachten wir, um nicht weit zu suchen, das Beispiel des savohardischen Bauern, dem gestattet wird, seine Produkte auf dem Genfer Markt abzusetzen. Der Genfer Bodenbebauer hat die Konkurrenz dieser ausländischen Bauern auszuhalten, die doch unter ganz anderen Bedingungen leben als wir. Wer wollte da bestreiten, daß die Preisbildung beeinflussenden Faktoren wie der regionale Lebensstandard, die Steuern, die

Transportkosten, die Elektrizitäts-, Wasser- und Gaspreise, die Arzt- und Tierarztkosten, die Futter- und Düngerpreise, die Tagelöhne usw., im Kanton Genf und in Hochsavoyen nicht ganz wesentlich verschieden sind? Ist dieser Zustand normal? Hierauf mit Ja antworten, hieße das verdammen, was uns als Fortschritt erscheint. Der Genfer Bauer wurde das Opfer seines Standortes, wie der Weber des Kantons St. Gallen es wurde, als aus dem Fernen Osten billigere Ware zu uns kam. Um ihn zu retten, hätte man das Rad unserer Zivilisation zurückdrehen oder prohibitive Zölle ansetzen müssen.

Man wird uns entgegnen, das Milieu sei für gewisse Unausgeglichenheiten in der Landwirtschaft nicht allein verantwortlich. Tatsächlich schaffen denn auch andere Faktoren, nämlich Mechanisierung, Verschuldung, Klima, Arbeitsbedingungen wesentliche Unterschiede, sodaß auf die Länge der Zoll nicht mehr den Schutzwall zu bilden vermag.

Das neunzehnte Jahrhundert sah die Weltwirtschaft sich einem teuflischen Mechanismus verschreiben. Maschinen zu erwerben, mit Maschinen zu arbeiten wurde zur fixen Idee.

Diese Maschinen begünstigten, wenigstens vorübergehend, unsere Industrie und unseren Handel, indem sie eine ausgedehntere und raschere Verteilung der Reichtümer bewirkten. Mit unserer Landwirtschaft aber verhielt es sich anders; denn die Maschine brachte ihre Vorteile vor allem den neuen Ländern, die sie erstehen konnten, ohne zuvor veraltete Ausrüstungen fertig abzahlen zu müssen, und die sich ihrer hernach in ausgiebigerem Maße zu bedienen imstande waren.

Überdies verfügten die neuen Länder bereits über Boden und billige Arbeitskräfte. Die europäische Landwirtschaft wäre von ihnen zu Grunde gerichtet worden, hätte nicht der Staat eingegriffen, und hätte sie nicht auf die Güter, welche sie zum Pfande geben konnte, erhebliche Kredite erhalten.

Aber die ganze europäische Agrarwirtschaft wurde dadurch überhypotheziert, und zwar die oft als Vorbild hingestellte dänische und deutsche Wirtschaft sogar noch in stärkerem Maße als die unsrige.

Die Überschuldung ist eine Krankheit, welche in unseren Tagen die ganze Welt befallen hat. Sie bedroht nicht nur das gesamte Bauerntum, sondern auch den landwirtschaftlichen Unternehmer in Kanada oder in den Pampas. Es besteht die Gefahr, daß die Produktionskosten früher oder später von dieser allgemeinen Überschuldung beeinflußt werden, und zwar in einem für unsere eigene Wirtschaft günstigen Sinne.

Nichtsdestoweniger müssen unsere Entschuldungsmaßnahmen mit aller Kraft unterstützt werden, wo immer Aussicht besteht, daß sie zu guten und endgültigen Ergebnissen führen.

Was unser Klima betrifft, so weist es nicht nur Mängel auf; eine Anpassung an unsere klimatischen Verhältnisse würde uns erlauben, der ausländischen Konkurrenz durch die Wahl gewisser Spezialitäten standzuhalten:

Rinder- und Pferdeezucht, Milch- und Käsewirtschaft, industrielle Pflanzen, Baumzucht, Nebenbau usw.

Aber die Entscheidung für ein Spezialprodukt setzt eine genügende internationale Ordnung voraus, denn im Hinblick auf die beschränkten Mittel, über die wir verfügen, erfordert die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Spezialitäten für ihre Schaffung einen Zeitraum, der sich in einzelnen Fällen über Jahrzehnte erstrecken kann. Die Welt von morgen müßte daher zuverlässig, gut und fest genug regiert sein, damit auf diesem Gebiete unerwartete Überraschungen womöglich vermieden werden könnten. Die tropischen Länder sollten Kaffee, Maté, Kautschuk pflanzen, ohne aber nach einigen Jahren die Konkurrenz finanziell und technisch mächtigerer, geographisch besser situierter, dagegen sozial weniger entwickelter Länder gewärtigen zu müssen. Und wir sollten die Pflege unserer eigenen alten Spezialleistungen wieder aufnehmen und weiterführen, ohne einen Krieg oder eine durch eine neue Art von Dumping hervorgerufene Faillite befürchten zu müssen. So kommen wir zu einer Art dirigierter Weltwirtschaft zurück, welcher ein in allen Ländern der Erde so gut eingeführtes Sekretariat, wie Brugg ist, eines Tages wertvolle Unterstützung zu leihen berufen sein könnte.

Wenn alle Bauern der Erde sich die Hand reichen...

In diesem Zusammenhang brachte schon das Jahr 1918 den Agrarökonomen neue Hoffnungen.

Die Welt, die nach der Willkür einiger Weniger gestaltet zu werden schien, sollte nun ihr Gleichgewicht wiedererhalten. Die Konkurrenz sollte in annehmbare Grenzen zurückverwiesen, eine einheitliche Richtung geschaffen werden. Jeder sollte sich auf eine seinem Geschmacke, seiner geographischen Lage, seinen Traditionen, seinen Möglichkeiten entsprechende leistungsmäßige Besonderheit verlegen, geschützt durch eine zentrale Gewalt, deren Vorschriften die Märkte zu ordnen und jedem seinen an die Bedürfnisse der Weltwirtschaft angepaßten Produktionsanteil anzuweisen hätten. Eine oft verschrieene Methode der staatlichen Leitung, welche jedoch vielleicht gerade zur Aufrechterhaltung eines gewissen Gleichgewichts unerlässlich notwendig ist.

Aber 1918 stellte den wirtschaftlichen Frieden nicht her. Der Völkerbund, der gewisse Verantwortungen auf sich zu nehmen bereit und hierzu wohl auch allein fähig war, erhielt nicht die Unterstützung aller Großmächte und sah sich dadurch der Mittel und Möglichkeiten beraubt, seine Entscheidungen durchzusetzen.

Nun ging der Kampf erst recht wieder los. Die Grenzen wurden teilweise geschlossen, und die Landwirte lebten von Notbehelfen bis zum Tage, an welchem unter dem Eindruck des herannahenden neuen Krieges ihre Rettung einigermaßen ernstlich in Betracht gezogen wurde.

Unsere eigene Landwirtschaft zog damals aus wirksamen Maßnahmen Vorteile: aus den Erlassen über Getreideversorgung und Weinbau des

Jahres 1932, aus dem verschärften Zollschutz, der Aufstappelung bedeutender Warenvorräte seit 1937, dem Übergang zu einer mehr oder weniger staatlich geleiteten Agrarwirtschaft im Frühling 1939 usw.

Diese Maßnahmen verbanden in letzter Stunde eine genügende Anzahl von Landwirten, um unsere Kriegsversorgung halbwegs zu sichern. Freilich waren diese Landwirte mit Schulden überlastet, entmutigt, zum Teil überspezialisiert; aber in ihrer Arbeit beseeelte sie ein unbeugbarer Wille.

Es liegt nicht im Charakter unseres Volkes, die Flinte rasch ins Korn zu werfen. Sobald sich die Verhältnisse günstiger gestalteten, nahmen Spezialisten das Studium einer Totalrevision unserer Agrarökonomie wieder auf. Wir führen sie hier in der Reihenfolge unserer Lektüre an.

Seit 1941 bestand Dr. Howald, Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, auf der Verwirklichung folgender Grundsätze:

1. Es muß den kleinen und den mittleren Bauern (8 bis 9 Hektar), welche qualifizierte Hilfskräfte ausbilden und der Landwirtschaft zur Verfügung stellen, eine besondere Unterstützung gewährt werden.
2. Als Prinzip soll gelten, daß der schweizerische Boden denen gehört, die ihn bebauen.
3. Die übermäßige Parzellierung des Bodens ist durch eine umfassende Neugestaltung der schweizerischen Bodenverhältnisse zu verhindern.
4. Die Agrarwirtschaft muß neues Land erhalten, das geeignet ist, das durch die Ausdehnung der Städte und die Vermehrung der Verkehrsbahnen für sie verloren gegangene zu ersetzen.
5. Der Handel mit Grundstücken muß erschwert werden, außer zwischen nahen Verwandten; dabei soll die Erkenntnis, daß der Wert eines Grundstückes durch die Kapitalisation seines Ertrages begrenzt ist, vorherrschend sein.
6. Kompensationskassen sind zu errichten, um für die Bedürfnisse der Greise und kinderreicher Familien zu sorgen.
7. Hygienischere ländliche Wohnungen müssen erstellt werden.
8. Die berufliche Ausbildung ist zu fördern.
9. Eine Preiskontrolle muß eingesetzt werden, sowie andererseits eine Aufsicht über den Verbrauch, um diesen mit den Möglichkeiten der Produktion in Einklang zu bringen.
10. Die Schweiz muß nach dem Gesichtspunkt der Spezialerträge in sich ergänzende Regionen eingeteilt werden.

Dieses Programm, das kraft der außerordentlichen Vollmachten in Angriff genommen wurde, rief eine lebhafte Kontroverse hervor, besonders seitens des Professors Dr. Röpke (Genf). Dieser trat gegen Bestimmungen auf, in deren schließlicher Wirkung er eine Einschränkung der ökonomischen Freiheit zu Gunsten staatlich geleiteter Wirtschaft erblickte, die dem einzelnen das Gefühl eigener Verantwortung nehmen müßten.

Dr. E. Feißt, Direktor der Abteilung für Landwirtschaft des Eidgen-

nössischen Volkswirtschaftsdepartements, und Dr. J. L. Wahlen, Ständerat und Beauftragter desselben Departements für das Anbauwerk, betonten die Notwendigkeit, unsere Bauernschaft auf ihrem jetzigen Stand zu erhalten, und verlangten eine angemessenere Verteilung der Risiken des Landwirtschafts. Sie möchten unter anderem, daß der Bauer sich auf Wechselwirtschaft verlege, um eine Spezialisierung auszuschließen, welche den Auswirkungen unerwarteter Konkurrenz zum Opfer fallen könnte. Es müßte eine Fläche von 300 000 Hektar unter Bebauung gehalten werden; normalen Produktionskosten entsprechende Minimalverkaufspreise müßten garantiert, die Landwirtschaft durch einen genügenden Zollkordon geschützt werden; der Absatz der Bodenprodukte und die Selbstversorgung des Bauernhofes wären zu organisieren; gegebenenfalls müßten sich die Importeure zur Übernahme der einheimischen Produkte verpflichten.

Die Herren Feist und Wahlen scheinen eine Vorliebe für Lösungen zu haben, die auf eine Entwicklung der privaten Initiative zielen, wo andere lieber das Eingreifen des Staates lähen.

Dr. E. Dérobert (Genf) geht dabei sogar noch einen Schritt weiter in dieser Richtung. Er ist der Ansicht, der Staat solle sobald als möglich seine Funktionen als Schiedsmann (Begutachter?) und außenstehender Berater wieder aufnehmen und es der Bodenvirtschaft überlassen, das Land zu versorgen, — und das sowohl betreffs der einheimischen Lebensmittel als auch bezüglich der Ein- und Ausfuhr, als Produzentin und Großhändlerin, als Erzieherin im beruflichen, aber auch im sozialen Sinne, gelegentlich sogar in der Rolle eines Bankiers oder Versicherers, übernehme die Landwirtschaft mehr oder weniger alle Funktionen, die heute unter die staatlichen Verwaltungen, unter zahlreiche Zwischengruppen, wie Privatgenossenschaften mit beschränkter Haftung und städtische Institutionen ohne Verbindung zum Lande, aufgeteilt sind. Es müßten dann verschiedene Monopole den Bauern überlassen und diese dazu angehalten werden, persönlich an den Arbeiten einer oder mehrerer genossenschaftlicher Organisationen teilzunehmen. Ihre Pflichten gegenüber der Kollektivität würden zwangsläufig anwachsen, aber ihre Zukunft wäre gesichert. Schließlich erführe die agrarische Verschuldung als Folge einer systematischen Entschuldungsaktion massive Reduktionen.

Eine bedeutende Anzahl anderer Volkswirtschaftler haben diese Frage auch behandelt. Ausführlich genannt zu werden verdienen A. Chaponnier, Sektionschef der Abteilung für Landwirtschaft in Bern, Prof. Dr. E. Laur, H. Chavannes, Direktor der landwirtschaftlichen Schule von Courtemelon; daneben aber auch eine Schar tüchtiger, intelligenter Journalisten, die zum Teil das, was sich im Ausland tut und vorbereitet, ziemlich umfassend zu beurteilen verstehen.

Der Raum zu weiteren Ausführungen fehlt uns hier jedoch; auch möchten wir das Wohlwollen unserer Leser nicht mißbrauchen. Wir stellen übrigens in allen Vorschlägen gewisse Konstanten fest.

1. Die jetzige Zahl der Landwirte darf nicht weiter abnehmen.
2. Die Landwirtschaft muß geschützt, aber auch staatlich geleitet werden.
3. Der Boden sollte ihr im Prinzip reserviert bleiben, und zwar zu einem auf dem Ertragswert basierenden Preise. Er wäre tunlichst durch Drainage und Neugestaltung der Parzellierung zu verbessern.
4. Das Bauerngut müßte sich in höherem Maße als bisher selber versorgen. Die Aufrechterhaltung einer auf 300 000 Hektar betriebenen Polykultur ist dafür unumgänglich notwendig.
5. Die Möglichkeiten einer Verschuldung der Landwirte sollten eingeschränkt werden. Eine obligatorische Amortisierung aller Hypothekarschulden wäre ins Auge zu fassen.
6. Man müßte dem Landwirt Minimalverkaufspreise gewähren.
7. Endlich wäre die Förderung seiner beruflichen Ausbildung angezeigt.

Infolge von Dekreten, die kraft der außerordentlichen Vollmachten erlassen wurden, und einer großzügigen Verteilung von Bundessubventionen sind mehrere Punkte dieses Programms bereits in Angriff genommen worden. Die Durchführung des Planes Wahlen hat den Landwirt dazu gezwungen, eine allzu entschiedene Spezialisierung zu vermeiden. Er hat wertvolle Erfahrungen gesammelt und Gewohnheiten angenommen, die er beibehalten wird, da er die Vorteile einer besseren Risikenverteilung nun an sich erfahren hat. Die Verwendung des Düngers und des Viehfutters vom eigenen Hofe hat Einsparungen erlaubt, die in der Zukunft fortgesetzt werden können. Drainagen, Neugestaltung in der Parzellierung, das Hinzukommen neuer Grundstücke werden ebenfalls die Ertragsmöglichkeiten steigern.

Die strikte Anwendung unseres Kriegswirtschaftsplanes sollte zur Folge haben, daß nach und nach diejenigen Landwirte ausscheiden, die den harten Anforderungen des Berufes nicht gewachsen oder zu sehr verschuldet sind. Andererseits hat man den übersehten Preis der Grundstücke, sowie die Unbeständigkeit der Pachtkontrakte angegriffen, und es werden Mittel und Wege einer Sanierung gesucht, teilweise auch schon praktisch durchgeführt. Was die Schuldenamortisierung betrifft, so läßt sich wohl nicht vermeiden, sie obligatorisch einzuführen.

Die meisten dieser Maßnahmen sind von tatsächlichem Werte, insofern als sie dahin tendieren, die Ordnung in unserer Landwirtschaft wieder herzustellen. Aber können sie über die Kriegsperiode hinaus aufrecht erhalten werden, ohne alte Traditionen, erworbene Rechte umzustürzen, ohne zwischen den verschiedenen Zweigen unserer Wirtschaft einen unheilvollen Kampf heraufzubeschwören? Erinnern wir uns bloß der zugunsten der Landwirte oder der Kollektivität erfolgten Einschränkung des Eigentumsrechtes, der Restriktionen in Bezug auf den freien Handel oder gar der Eingriffe in die Methoden der Betriebsführung selber. Das sind Kriegsmaßnahmen — als solche notwendig und von den Betroffenen ohne Wider-

spruch angenommen. Aber werden diese Maßnahmen auch in normalen Zeiten ihre Geltung beibehalten? Wir zweifeln daran.

Wir gelangen so zu unseren Schlußfolgerungen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß unser Land nach dem Kriege, wenn es gedeihen will, einen immer homogenen Komplex bilden müssen, nicht nur wie bisher auf politischem Gebiet, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Nachdem der Sturm, der uns jetzt erschüttert, vorübergebraust sein wird, muß unsere nationale Wirtschaft sich von einem engen Individualismus abwenden, um sich weiteren Zusammenhängen mit ähnlichen oder sie ergänzenden Interessen anzuschließen, welche die ökonomischen Gemeinschaften von morgen darstellen werden.

Diese Erweiterung wird sich sowohl aus dem Instinkt als auch aus der Notwendigkeit heraus vollziehen. Viele sind sich dessen bewußt und überlegen bereits, wie die Landwirtschaft in das globale Wirtschaftssystem einzubeziehen sei.

Soll damit wirklich gesagt sein, daß in Zukunft das Ausblühen unserer Landwirtschaft nur auf Kosten der allgemeinen Wirtschaft gesichert werden könne? Wir sind vom Gegenteil überzeugt. Der Schweizer Bauer befand sich vor dem Kriege in der Lage eines überschuldeten, überspezialisierten, beruflich schlecht organisierten Kaufmanns; er hatte ungeheure Risiken zu tragen, weil er einer mächtigen Konkurrenz ausgeliefert war, weil er über seine Verhältnisse lebte, und weil er mit Produktionsfaktoren rechnen mußte, mit deren Benützung er nicht vertraut war: mit Maschinen, Dünger, Samen aus dem Ausland, schlecht qualifizierten Arbeitskräften, Krediten ußf.

Eines der Verdienste unserer Kriegswirtschaft liegt unbestreitbar darin, eine gute Anzahl dieser schädlichen Ursachen wenigstens teilweise beseitigt zu haben. Was sich heute noch hartnäckig behauptet, stammt aus dem Ausland.

Wie steht es jedoch mit dem Auslande?

Allgemein hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß ein Wiederauftauchen jener plötzlichen und schädlichen Konkurrenz, wie in den letzten Dezennien, weniger zu befürchten ist. Die Welt verfügt zwar noch über riesige unbebaute Flächen, deren Urbarmachung und Anbau aber mit gewaltigen Kosten verbunden sein werden. Wenn man die Welt nach Konsum und Produktion überschaut, scheint es jedenfalls ausgeschlossen, daß plötzlich auftauchende Produktionsländer die Masse ihrer Produkte wie eine Sturzflut ausschütten. Der Anbau kann sich freilich fortentwickeln, doch erste Voraussetzung hierzu ist die Schaffung neuer, kostspieliger Anlagen, wie z. B. Bahnen und Ansiedlungen in Argentinien, Neukulturen in Kanada, Bahnen in Rußland, Bewässerungsanlagen in den Korngebieten des Mittelmeeres.

Die sog. Monokulturen werden mit der Zeit wegen der über das

Kriegsende hinaus anhaltenden Unsicherheit der internationalen Lage eingehen, und es ist ferner anzunehmen, daß in allen Ländern eine ausgeglichene Kriegswirtschaft noch lange Zeit hindurch bestehen wird.

Aus Meldungen von Nord- und Südamerika wissen wir, daß die während und nach dem vorigen Weltkriege durchgeführten Rodungen katastrophale Ergebnisse zeitigten. Das Klima selbst veränderte sich. Die jungen Leute verlassen auch dort die Scholle und selbst soziale Krisen brechen in diesen Ländern aus, wo von solchen Umwälzungen früher keine Spur zu entdecken war. Dies alles deutet darauf, daß auch der ausländische Bauer eine höhere Entlohnung seiner Arbeit fordert und nach einer Verbesserung seiner sozialen Stellung strebt.

Man kann anderseits bezweifeln, daß die bereits hoch entwickelte Mechanisierung sich noch weiter verbessern läßt.

Selbstverständlich kann niemand im voraus sagen, ob aus dem momentanen Chaos eine irgendwie geartete Harmonie hervorzugehen vermag, ob dann alle Länder genügende Zahlungsmöglichkeiten finden, ob Sicherheit herrschen wird, ob insolgedessen neue Absatzgebiete erschlossen werden können, ob eine zentrale Ordnung die ökonomische Welt regieren wird, oder ob wir im Gegenteil in ein neues Mittelalter eintreten, in dessen Verlaufe unser Land die Rolle einer Festung in Feindesgebiet zu spielen berufen sein mag. Wie dem auch sei, wir glauben an die Notwendigkeit, zugunsten unserer Landwirtschaft straffe, ganze Maßnahmen zu ergreifen, und sind überzeugt, daß die Mehrheit der von unseren Landwirtschaftern bereits ins Auge gefaßten Verbesserungen dazu angetan sind, ihr früher oder später ein Maximum an Chancen zu verschaffen.

Natürlich darf nicht übereifrig vorgegangen, keine Einrichtungen dürfen ohne zwingende Notwendigkeit gestürzt werden. So gehört denn zwar unser Boden noch nicht vollständig dem Schweizerbauern; aber es ist sehr fraglich, ob es tatsächlich so wünschenswert wäre, daß er ihm ganz gehöre; denn manchmal wurde gerade in den Gebieten, wo harmonisch Kleinbesitz mit großem, letzterer oft städtischer Zugehörigkeit, abwechselte, eine echte bäuerliche Stabilität beobachtet.

Verkehrt wäre es auch, aus systematischem Widerstand gegenüber den staatlichen Institutionen eine Menge kleiner privater, mehr oder weniger lebensfähiger Organisationen zu schaffen, deren Despotie ebenfalls schwer zu ertragen wäre.

Hüten wir uns endlich auch davor, in unsere Berechnungen die Möglichkeit einer endgültigen Regelung des Verbrauchs einzusetzen.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Ereignisse sich binnen kurzem überstürzen und die bisherigen ökonomischen Grenzen sich dann nur mit einiger Mühe halten lassen werden.

Die Landwirtschaft muß darunter vielleicht leiden. Aber es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sie daraus Gewinn ziehen kann, um sich eine breitere Basis zu schaffen.

Außerdem wird sie dann unter Beihilfe der Verkehrsmittel und technischen Errungenschaften zweifellos zahlreichere Absatzgebiete finden, sogar für Waren, die rascher Verderbniß unterworfen, im übrigen aber von hoher Qualität sind, wie Milch, Edelobst, Tafeltrauben, Gemüse usw.

Unsere augenblicklichen Anstrengungen lassen sich also rechtfertigen; denn gewisse Möglichkeiten bleiben uns. Es ist zu wünschen, daß unsere landwirtschaftliche Ausrüstung eines Tages — und möge es früh genug sein — so vollkommen dastehen wird wie unsere industrielle und kommerzielle. An diesem Tage wird, sofern unsere Finanzen sich dann im Gleichgewicht befinden und unsere soziale Lage stabil ist, die Wirtschaft unserer nationalen Gemeinschaft als harmonisches, zusammenhängendes Ganzes alle Aussicht haben, einen ehrenvollen Platz im Schoße der Weltwirtschaft einzunehmen.

Es ist auch zu wünschen, daß diese Weltwirtschaft selber einen gewissen harmonischen Ausgleich finde, daß sie mit einer internationalen Sicherheit von langer Dauer rechnen könne und daß eine zweckmäßigere Verteilung der Kaufmittel auch den ärmsten Nationen das ununterbrochene Zufließen landwirtschaftlicher Produkte garantiere.

Dann wird die Arbeit unserer Zeit nicht umsonst geleistet worden sein, und unsere nationale Wirtschaft wird sich zu der Einigkeit, die sie in dieser Übergangsperiode bewiesen hat, beglückwünschen dürfen.

Die Selbstzerstörung Europas.

Von Hans Fisher.

Die einst blühenden Städte Europas werden in grausamem Bruderkrieg systematisch in Trümmer gelegt. Ein ehernes Gesetz scheint den Menschen zu zwingen, das in Blütezeiten religiöser, ethischer und künstlerischer Kultur im Laufe besonders starker, schöpfungsmächtiger Jahrhunderte Aufgebauete der Kriegsfurie zu opfern — Europa im Zeichen des Uranos, welcher seine eigenen Kinder verschlingt.

Nacht liegt über dem in seinem Bestand aufs tiefste bedrängten Europa und der Qualm der brennenden Städte zieht gegen den sternklaren Himmel auf, der durch die sublunarisches Zerstörungswut des Menschen sich dem Sterblichen verhüllt.

Wange Frage: Was bleibt von Europa, wenn die Achtung vor den gewaltigen Werken der Architektur, welche Frankreichs, Deutschlands, Englands, Italiens Namen als wahrhafte Stätten der Kultur in aller Welt berühmt gemacht haben, was bleibt von Europa, wenn auch die heute noch heil gebliebenen Werke menschlicher Kunst und Kultur unter der Bombenwucht der Luftgeschwader zusammenbrechen und in formlosen Staub und Asche sinken?